

„Macht's gut!“

Hoffnung Was haben wir geschafft seit dem Flüchtlingssommer 2015? Zwei Jahre lang hat die taz zwei Familien bei ihrem Ankommen in Berlin begleitet: Die eine kam aus Syrien, die andere aus Serbien. Ein Rückblick – und ein Abschied

Von Anna Klöpfer, taz.die tageszeitung, 26.08.2017

I. Herbst 2015: Ankunft

Es ist kalt und nass an diesem dunklen Novemberabend im Herbst 2015, aber Mahmoud Mottaweh schlappt in Flip-Flops und T-Shirt die wenigen Treppenstufen vor dem Eingang zum Flüchtlingsheim in der Lichtenberger Rhinstraße hinunter. Ein kräftiger, untersetzter Mann von Anfang 30, ein offenes, sympathisches Gesicht. In der Hand ein leuchtendes Smartphone mit gesprungenem Display. Wann immer wir uns in den nächsten zwei Jahren treffen, wird Mahmoud Mottaweh dieses Telefon mit Daumen und Zeigefinger bearbeiten: WhatsApp und Facebook sind seine Brücken in die Heimat, zu seinen Eltern und Brüdern, die auch auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien sind. Im Herbst 2015 sind sie gerade irgendwo in Ägypten.

„Hi“, sagt er. „Hi“, sage ich. Ob er mir seine Geschichte erzählen will, frage ich. Die Flucht aus Damaskus? Wie er jetzt hier lebt mit seiner Familie, seiner Frau und den vier kleinen Kindern? „Bald fünf“, grinst unser irakischer Redaktionspraktikant, der daneben steht und übersetzt. Er arbeitet an der Rezeption des Flüchtlingsheims, in dem er selbst ein Jahr zuvor noch gewohnt hat. „Du willst Kontakte zu syrischen Familien?“, hatte er mich nachmittags in der Redaktion gefragt. „Ich arbeite heute Abend im Heim, komm vorbei, da gibt es viele. Ich stelle dich vor.“

Jetzt stehe ich vor dem mit einem Baugerüst versehenen Plattenbau, eingeklemmt zwischen einer Ausfallstraße und einem Parkstreifen, der sich im Dunkeln verliert, und komme mir blöd vor. Um mich herum stehen gemeinsam mit

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

den Leuten vom Sicherheitsdienst an den Aschenbechern und rauchen. Halbwüchsige spielen auf dem Gehweg und halten mir eine Tüte Gummibärchen unter die Nase: „Willst du?“ Mütter mit Kopftuch und kleinen Klappbuggys schieben vorbei.

Es hat etwas Voyeuristisches, als ob ich gutes Recherchematerial sichten würde: „Komm vorbei, da gibt es viele“, hat unser Praktikant gesagt. Ja, denke ich, stimmt. Und überlege spontan, ob ich es einfach sein lasse, auf mein Fahrrad steige und nach Hause fahre. So viele Geschichten: wo anfangen, worum sich zuerst kümmern, was zuerst erzählen?

In diesem Sommer und Herbst 2015 ist der Pulsschlag hoch, der Ton wird schnell schrill – bei den Journalisten, bei den ehrenamtlichen Helfern, in der Politik. Vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, dem berüchtigten Lageso in der Moabiter Turmstraße, warten jeden Tag Hunderte Neuankömmlinge auf ihre Erstregistrierung.

Die Situation ist unübersichtlich und droht außer Kontrolle zu geraten: Die völlig überforderten Behörden schaffen es in diesen heißen Augusttagen nicht, die wartenden mit Wasser und medizinischer Hilfe zu versorgen, das Terminsystem bricht innerhalb kürzester Zeit zusammen. Eine Initiative aus Ehrenamtlichen koordiniert schließlich monatelang die vielen BerlinerInnen, die in der Not helfen: Wasser und warmes Essen ausgeben, dolmetschen, Wege in Notunterkünfte weisen.

In den Massenunterkünften, die jetzt so fieberhaft wie notdürftig errichtet werden, ist die Stimmung gereizt. In den Hangars auf dem Tempelhofer Feld endet im September eine Schuberei bei der Essensausgabe in einer Massenschlägerei. Im November gehen erneut 300 mit Eisenstangen und Messern aufeinander los. Auch in der Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau, wo Hunderte in einer Art Zeltstadt untergebracht sind, entlädt sich der Frust der in Gewalt. Der damalige CDU-Innensenator Frank Henkel sieht den „sozialen Frieden“ in der Stadt in Gefahr.

Klar, sagt Mahmoud vor dem Lichtenberger Flüchtlingsheim, erzähle er mir seine Geschichte. Er grinst, „why not?“ Ein bisschen amüsiert klingt es, als lasse er gutmütig Nachsicht walten mit der etwas hilflosen Neugierde dieser Deutschen auf die Menschen, die jetzt da sind, und mit denen sie bisher allenfalls abends in den

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Fernsehnachrichten konfrontiert waren. 2014, als die meisten von ihnen noch in den UN-Auffanglagern in Jordanien und im Libanon sind oder auf einer Insel namens Lampedusa, da, wo die EU zu Ende ist. So weit weg. „You want to talk now? Come up to our room“, sagt Mahmoud. Geht nicht, sage ich, Journalisten müssen sich in den Heimen vorher anmelden.

Die Unterbringung ist der neuralgische Punkt Ende 2015. Etwa 442.000 Menschen beantragen 2015 in Deutschland Asyl, mehr als doppelt so viele wie im Jahr zuvor. Mehr als ein Drittel der sind Syrer. In Berlin zählen die Statistiker 2015 36.000 Erstanträge. 11.000 Menschen leben in Berlin Ende 2015 in Notunterkünften, die meisten von ihnen in 63 Turnhallen, die der Senat beschlagnahmt. Es gibt Pläne, 15.000 Menschen in 30 Containerdörfern unterzubringen. 7.500 Menschen sollen allein in den ehemaligen Hangars in Tempelhof einquartiert werden.

Reporter berichten von Streitereien und mangelnder Hygiene in Unterkünften, in denen es kaum Privatsphäre gibt, die eigentlich als Provisorium gedacht sind, in denen die aber zum Teil monatelang ausharren müssen.

Ein paar Tage nach meinem ersten abendlichen Treffen mit Mahmoud Mottaweh kommt das Okay von der Geschäftsführung des Heims: Ich darf rein. Sie sind vorsichtig geworden im Umgang mit Journalisten, nach den vielen Zeitungsberichten aus Unterkünften, die vor allem eins sehr anschaulich machen: wie überfordert Berlin in diesem Flüchtlingsherbst ist. Die taz-Fotografin erhält die Anweisung, auf keinen Fall außerhalb des Zimmers der Familie zu fotografieren.

Das Zimmer: etwa 40 Quadratmeter, ein paar zusammengeschobene Betten, in denen Mahmoud, seine Frau Salwa Kamel, die damals dreijährige Tochter Alma und die drei Jungs, Mohamad Louai, Obai und Omar, damals 9, 7 und 6 Jahre alt, schlafen. Auf dem Tisch Kekse, Salwa Kamel schält Orangen: für ihren Mann, für die Journalistin. Ob man einen Tee möchte? Neugierig scharen sich die Söhne um den Gast. Sie verstehen kein Deutsch (was sich sehr schnell ändern wird), und bald ist das Tablet wieder spannender.

Salwa erzählt. Salwa, 31 Jahre alt und hochschwanger mit ihrem fünften Kind. Ihr hübsches Gesicht unter dem sorgfältig festgesteckten Kopftuch wirkt jünger. In

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Syrien hat sie Erzieherin gelernt, bis sie Mahmoud traf: Die beiden heiraten, schnell ist das erste Kind unterwegs. Meistens wird in den nächsten zwei Jahren ihr Mann das Wort führen. Aber wann immer es um diesen Tag im Juli 2012 geht, an dem die Familie beschließt zu fliehen, redet Salwa und weint.

„Wir haben gerade Bayram gefeiert“, sagt sie, Zuckerfest. Die ganze Familie ist in ihrem Haus in einem Vorort im Norden von Damaskus versammelt. Dann eine Razzia von Assads Soldaten, sie nehmen einen Cousin der Familie mit. Für Salwas Mutter ist das alles zu viel, sie hat einen Herzinfarkt. Einen Tag später ist sie tot. Salwa wischt sich sorgfältig die Tränen ab, der sechsjährige Omar schmiegt sich unsicher an seine Mutter.

Mahmoud erzählt weiter. Wie die Familie beschließt zu fliehen. Zunächst in den Libanon, aber dort ist es auch nicht sicher, wegen der Hisbollah-Milizen. Mahmoud arbeitet in einer Konservenfabrik, bis er das nötige Geld für das Flugticket nach Kairo zusammenhat. Von dort fahren Schleuser die Familie 600 Kilometer durch die Wüste nach Bengasi, Libyen. Ein Boot bringt sie über das Mittelmeer. Die Mittelmeerroute, ganz klassisch. „Wir hatten Glück, wir hatten einen Kapitän“, sagt Mahmoud.

Die italienische Küstenwache greift sie auf, in Brindisi geben sie im Herbst 2014 ihre Fingerabdrücke ab. Zweieinhalb Jahre lang wird die Familie Angst haben, wegen des Dublin-Abkommens irgendwann wieder nach Italien zu müssen. Aber erst mal fahren sie weiter, mit dem Zug nach Dänemark. Sie haben viel Gutes von Skandinavien gehört.

Das Lager in Kopenhagen ist furchtbar. Sie fahren mit dem Zug nach Deutschland, stranden in Halberstadt bei Magdeburg. Die Behörden schicken sie weiter nach Berlin. Am 2. Juli 2015 kommen sie am Berliner Hauptbahnhof an. Sie stehen einen Tag lang vor dem Lageso in der Schlange, bekommen abends einen Zettel mit Hostelnamen in die Hand gedrückt: Notunterkünfte. Sie irren ziellos durch die Stadt, schließlich gabelt sie ein Ägypter auf der Straße auf und lotst sie zu einer der Adressen.

Es sind irre Fluchtgeschichten, die man Ende 2015 so zu Dutzenden liest. Binahe täglich sind Bilder von überfüllten Flüchtlingsbooten die Aufmacher in den

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Nachrichten. Aber es wird noch eine Weile dauern, bis der Gewöhnungseffekt eintritt und man sich in den Redaktionen zum ersten Mal fragt: „Haben wir das nicht schon so oft geschrieben?“

Ob die Fotografin ihnen die Aufnahmen schicken könne?, fragt Mahmoud, als wir uns verabschieden. „Unsere Fotoalben sind alle in Damaskus geblieben.“

Ein paar Tage zuvor, ein Wartezimmer in einer Anwaltskanzlei am Kreuzberger Landwehrkanal. Zwei Frauen kommen leise zur Tür hinein: Mitra, 32, und Maria Jovanovic, 14, Roma aus Serbien. Ein Sozialarbeiter in einer Flüchtlingsberatung hat mir den Kontakt zu ihrer Anwältin gegeben, dort treffe ich die beiden: Mutter und Tochter, auch wenn sie fast gleichaltrig aussehen. Zwei kleine, rundliche Frauen mit dunklen Haaren und skeptischem Blick, mit dem sie mich fragend mustern.

Ich bin mir nicht sicher, ob die beiden verstehen, was ich von ihnen will, aber sie willigen ein, mir ihre Geschichte zu erzählen. „Vielleicht kann deine Zeitung uns helfen?“, fragt Maria. „Vielleicht“, sage ich und komme mir schlecht vor.

Die Asylanträge von Serben werden zu 99,9 Prozent abgelehnt, sagt die allmonatliche Geschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und . Serbien gilt seit 2014 als sicheres Herkunftsland. Zwar dokumentieren Berichte von NGOs und den Vereinten Nationen immer wieder, dass Roma auf dem Balkan Opfer von systematischer Ausgrenzung und Behördenwillkür sind: kein gesicherter Zugang zu Sozialhilfe, kaum Bildungschancen für die Kinder, Roma-Frauen werden überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalt – und Frauenhäuser und die Polizei verweigern ihnen Hilfe.

Doch um Asyl zu bekommen, muss man den Einzelfall nachweisen: Man muss dokumentieren, wann einem wo das Sozialgeld verweigert wurde. Die meisten können das nicht. Die Jovanovic ' können es auch nicht. Sie sind quasi ein aussichtsloser Fall.

Mitra und Maria Jovanovic kommen aus Leskovac, einer 70.000-Einwohner-Stadt in Südserbien. Leskovac ist arm: Mitte des 19. Jahrhunderts florierte hier die Textilindustrie, aber die Zeiten sind lange vorbei. Die Hauptstadt Belgrad ist 200 Kilometer weit weg. Es gibt in der Region viele kleine Dörfer, in denen es nicht viel zu tun gibt, besonders nicht für Roma: Mitra ist kaum zur Schule gegangen, sie hat

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

keine Ausbildung und einen alkoholabhängigen Ehemann, der sie irgendwann mit den beiden Kindern – Maria hat noch einen jüngeren Bruder, Jagos – für eine andere Frau sitzen lässt.

Mitra arbeitet als Prostituierte, um Geld zu verdienen, denn das Sozialamt in Serbien zahlt nur nach Gutdünken der jeweiligen Sachbearbeiterin. Auch Maria und Jagos werden in der Schule gemobbt. Die Schulverwaltung soll nichts unternommen haben, als Maria einmal von einem Jungen die Treppe runtergestoßen und verletzt wird.

All diese Dinge stehe in dem Asylantrag, den die Anwältin für die Familie stellen wird. „Die Antragsteller“, argumentiert die Anwältin, „sind Opfer einer kumulativen Verfolgung geworden. Ein Schutz durch den serbischen Staat erfolgt nicht.“

Es ist bereits der dritte Asylantrag, den die Jovanovic' in Berlin stellen. 2011 ist das Haus, das Mitra von ihren Großeltern in Leskovac erbt, so baufällig, dass die Familie quasi obdachlos ist. Geld für eine Reparatur haben sie nicht. Aber es reicht für Bustickets. In 24 Stunden fährt eine Linie über Ungarn und Österreich direkt nach Berlin. 1.234 Kilometer, 90,50 Euro pro Person.

Die Jovanovic' landen in einem Heim in Schöneberg und werden im Winter 2013 ausgewiesen. Nach vier Monaten sind sie wieder da. Dieses Mal dauert es nur ein paar Wochen, bis die Ablehnung kommt. Ein Jahr halten sie es in Serbien aus, im Sommer 2015 sind sie wieder in Berlin. In einer Flüchtlingsberatungsstelle in Moabit gibt man ihnen die Adresse der Kreuzberger Anwältin, die sich um Fälle wie sie kümmert, auch ohne Honorar.

Mitra und Maria werden aus dem Wartezimmer gerufen. Im Büro der Anwältin türmen sich die Akten. Sie steht unter Strom, weint fast, als sie Mitra und Maria verzweifelt versucht zu erklären, dass sie noch warten sollen mit dem Asylantrag, weil sie für eine gute Argumentation Zeit brauche. „Sie müssen mit einem Dolmetscher kommen“, sagt sie zu Mitra. „Sie müssen mir alles geben, was Sie haben. Sie müssen mir ganz genau erklären, was mit Ihrer Tochter in Leskovac passiert ist.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Mitra und Maria weinen jetzt auch. Ohne Asylantrag gibt es keinen Heimplatz. Sie sind bei Bekannten in Pankow untergekommen, aber deren Geduld ist langsam erschöpft. „Wir wissen nicht, wohin?“, sagt Maria.

Bei unseren späteren Treffen erzählt mir Maria, was mit ihr in Leskovac „passiert“ ist: eine Vergewaltigung am Rande einer Hochzeit, die beiden Männer kommen aus dem Ort. Sie drohen, es wieder zu tun. Die Vergewaltigungsgeschichte könnte für einen erfolgreichen Asylantrag reichen, hofft die Anwältin.

Hierherzukommen ist für die Serben sehr viel einfacher als für die Syrer. Sie steigen einfach in den Bus zum Berliner ZOB, kein Mittelmeer, keine Nusschale ohne ordentlichen Kapitän. Hier zu bleiben ist für sie ungleich schwieriger: Beinahe der ganze Balkan gilt als sicheres Herkunftsgebiet. Und dennoch sind die Balkan- die Gruppe, die die meisten Asylfolgeanträge stellt – sie versuchen es also immer wieder, die meisten erfolglos. Doch im Herbst 2015 geraten die Schicksale der Balkanflüchtlinge angesichts der Krise in Syrien in Vergessenheit.

II. Winter 2015 bis Sommer 2016: Hoffen

Im Januar 2016 reichen die Jovanovic' ihren Asylantrag ein. Es geht nicht mehr: Zu den Bekannten in Pankow dürfen sie nur noch nachts zum Schlafen kommen. Mehr „Bekannte“, wie Maria sie nennt, sind inzwischen aus Leskovac gekommen, in der Wohnung wohnen inzwischen 20 Leute. Tagsüber laufen Mitra, Maria und Jagos ziellos durch die Stadt, aber es ist Winter und kalt. Anfang Februar ein Anruf von Maria: „Wir haben es geschafft“, ruft sie ins Telefon. „Was meinst du?“, frage ich. „Wir haben einen Heimplatz! Und Jagos und ich können auch wieder zur Schule gehen.“

Die Jovanovic ' haben eine vorläufige Duldung. Man hat ihnen einen Platz in einem Flüchtlingsheim am Rand von Lichtenberg zugewiesen, das Schulamt hat Jagos einen Platz in der sechsten Klasse einer nahen Grundschule zugewiesen. Maria geht in die neunte Klasse einer Sekundarschule im Bezirk. Die beiden sprechen so gut Deutsch, dass sie keine Deutschstunden in den Willkommensklassen für brauchen – seit ihrem ersten Asylgesuch 2011 haben sich einige Schuljahre in Berlin angesammelt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

„Geschafft“ ist damit natürlich noch gar nichts: Die Familie, auch wenn sich nun so etwas wie ein Alltag einstellt, hat nun eine Akte, auf die man mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 Prozent den Stempel „Asylantrag abgelehnt“ drücken wird. Gerade erst hat die rot-schwarze Bundesregierung im Januar 2016 das Asylpaket II beschlossen, es sieht unter anderem eine schnellere Abschiebung von Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern vor.

Am 10. Mai 2016 um halb sieben parken drei Polizeiwagen vor dem Lichtenberger Flüchtlingsheim, in dem die Familie jetzt wohnt. Mitra steht in der Küche und macht Frühstück für sich und die Kinder. Um acht Uhr fängt die Schule an. Als der Mann von der Bundespolizei an der Wohnungstür klopft, hinter ihm fünf weitere BeamtInnen im Flur, rennt Mitra aufs Klo und übergibt sich. Am Nachmittag gehe ihr Flug nach Belgrad, sagen die Polizisten. Draußen vor dem Heim stehen drei Polizeiwagen und bringen sie und etwa 30 andere Familien nach Schönefeld. Zwei Flugstunden sind es nach Belgrad. Der Sonderflug mit 97 Passagieren an Bord startet planmäßig.

Dass Mitra, Maria und Jagos nicht mit an Bord sind, verdanken sie einem Formfehler. Die Behörden hatten versäumt, der Anwältin den Ablehnungsbescheid ordentlich zuzustellen. Sie bekommt ihn am Tag der Abschiebung per Mail, aber das reiche nicht, argumentiert die Anwältin per Eilantrag beim Verwaltungsgericht. Dort sieht man die Sache genauso. Die Jovanovic' machen sich auf den Weg zurück in die Stadt.

Im Frühjahr 2016 ist der damalige Innensenator Henkel mit sich zufrieden: „Berlin arbeitet sehr konsequent daran, die Abschiebezahlen weiter zu erhöhen“, teilt er Anfang Mai in einer Pressemitteilung der Innenverwaltung mit. Die drei häufigsten „Zielstaaten“: Serbien mit 187 Abschiebungen, dahinter Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo. Rund zweimal im Monat startet laut der zuständigen Bundespolizeidirektion von Schönefeld eine Maschine in Richtung Westbalkan. Die Zahl der freien Sitzplätze werde eher weniger, sagt ein Sprecher.

Ein Anruf bei der Anwältin der Jovanovic'. „Was machen Sie jetzt?“, frage ich. – „Der Asylantrag wird jetzt abgelehnt werden, und dann werden wir einen Antrag bei der Härtefallkommission des Senats stellen.“

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Härtefallkommission ist bei der Innenverwaltung angesiedelt. Ihr gehören Vertreter der Kirchen, der Liga der Wohlfahrtsverbände und des Integrationsbeauftragten des Senats an. Je länger jemand in Deutschland ist, je mehr soziale Kontakte er hier hat und je besser die wirtschaftlichen Aussichten sind – gute Schulleistungen, eine Jobperspektive –, desto wahrscheinlicher ist, dass die Kommission Gnade vor Asylrecht ergehen lässt und ein Gesuch an den Innensenator stellt.

2015 hatte Henkel etwa der Hälfte von 225 Gesuchen stattgegeben. Etwa die Hälfte der Anträge kommt aus den Balkanstaaten. Sie werden überdurchschnittlich häufig negativ entschieden. Die Anträge hätten „meist keinen Erfolg, weil die kurze Dauer des Aufenthalts und die erbrachten Integrationsleistungen“ nicht für eine positive Entscheidung“ ausreichen, teilt die Innenverwaltung mit.

Die geringen Aussichten, hierbleiben zu können, sind euch die eigentlich klar, frage ich Maria. „Wir müssen Hoffnung haben“, sagt sie. Würden sie zurückkommen, wenn die 30 Monate, die sie im Fall einer Abschiebung in Serbien bleiben müssten, vorbei sind? „Aber natürlich.“

Auch die Mottawehs bekommen im Juni 2016 einen Aufenthaltstitel – in ihrem Fall ist das nicht überraschend, die Schutzquote für Syrer beträgt 98,2 Prozent.

Allerdings bekommen sie keinen Schutz nach dem deutschen Asylrecht oder nach der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern lediglich einen sogenannten subsidiären Schutz, der für ein Jahr gilt.

Mahmoud ist frustriert, er will den vollen Schutzstatus, drei Jahre. Er schreibt mir auf WhatsApp: „Do you know a good lawyer?“

Dass die Mottawehs nur subsidiären Schutz bekommen, ist ebenfalls eine Folge des Asylpakets II. Dieser Schutzstatus gilt nur für ein Jahr, der Familiennachzug ist ausgeschlossen. Zwar bekommen die eine Arbeitserlaubnis und haben Anspruch auf Sozialleistungen. Allerdings wird ihnen, und das ist entscheidend, kein individueller Schutz aufgrund von Verfolgung zugesprochen: Ist der Bürgerkrieg in Syrien vorbei, droht die Abschiebung.

Mehrere Oberverwaltungsgerichte haben bereits geurteilt, das sei nicht rechtens: Potenziell seien alle SyrerInnen politisch Verfolgte durch Machthaber

Assad. Die Hilfsorganisation Pro Asyl rät SyrerInnen mit subsidiärem Schutzstatus deshalb, eine Klage zu prüfen.

Tatsächlich werden die Gerichte von einer Klagewelle förmlich überschwemmt. Bis Oktober 2016 gehen dreimal so viele Klagen gegen negative Asylbescheide beim Berliner Verwaltungsgericht ein wie im ganzen Jahr 2015. Sie machen schnell 40 Prozent aller Verfahren des Gerichts aus.

Am 30. Juni 2016 reicht Mahmoud Klage beim Berliner Verwaltungsgericht gegen seinen Asylbescheid ein. Ein paar Tage später kommt er mich in der Redaktion besuchen. Es ist heiß, er schwitzt, er ist unruhig und wirkt zugleich müde. „Diese ganzen Paragraphen hier machen einen klein“, sagt er. „Das fühlt sich ein bisschen so an, als sei man in einem großen Gefängnis. Im Libanon konnte ich in Beirut von einem Tag auf den anderen ein neues Leben anfangen: Ich konnte arbeiten, ich konnte ein Auto kaufen. Das ist hier alles so mühsam.“

III. Herbst 2016: Ernüchterung

Das Chaos aus dem Flüchtlingsherbst 2015 hat sich gelegt. Dafür haben sich Probleme manifestiert. Zwar kommen inzwischen sehr viel weniger Neuankömmlinge: 2015 kamen 55.000 in die Stadt. 2016 sind es noch 17.000. Doch Flüchtlingshelfer kritisieren noch immer viel zu lange Wartezeiten bei der Erstregistrierung, die inzwischen ins ehemalige Kongresszentrum ICC nach Charlottenburg umgezogen ist. Statt dem Lageso kümmert sich jetzt ein neu gegründetes Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, kurz LAF, um die Registrierung der .

Die Unterbringungssituation bleibt schwierig. Zwar gibt es keine nächtlichen Trecks mehr von orientierungslosen Flüchtlingsfamilien durch die Stadt. Aber es gibt zu wenige Plätze in den Heimen – von Wohnungen, die insbesondere Familien dringend brauchen, ganz zu schweigen. Die Folge: Beinahe die Hälfte der 49.000 Asylbewerber in Berlin leben im Herbst 2016 in Notunterkünften, teilt die Sozialverwaltung mit. Für Notunterkünfte gibt es keine verbindlichen Standards. Flüchtlingshelfer kritisieren die katastrophalen Zustände in Turnhallen und leer stehenden Bürogebäuden.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Im Lichtenberger Heim steht Mahmoud in dem Zimmer, in dem die Familie noch immer zu fünft schläft. Er mag sich nicht setzen, er ist wütend. Es hat eine Weile gebraucht, bis die Behörden es geschafft haben, ihn seines stoischen Lächeln zu berauben. Jetzt ist es so weit. Jeden Tag, sagt er halb auf Englisch, halb auf Deutsch – der Integrationskurs, den Mahmoud kürzlich angefangen hat, zeigt Wirkung – rufe er die Wohnungsunternehmen an: „Degewo, Howoge, Gesobau, Gewobag“ zählt er auf, es klingt wie ein absurdes Gedicht. Alle sagen ihm: Sorry, wir haben nichts, aber wir haben Sie in der Kartei.

Bis zu 1.018 Euro Bruttokaltmiete übernimmt das Sozialamt für eine siebenköpfige Flüchtlingsfamilie wie den Mottawehs, die sich aus einer Gemeinschaftsunterkunft heraus auf Wohnungen bewirbt. Mindestens vier Zimmer und 80 Quadratmeter muss die Wohnung haben, damit sich das Amt nicht wegen „beengter Wohnverhältnisse“ querstellt.

„Wir wollen gar nicht vier Zimmer, warum gehen nicht drei?“, fragt Salwa. „Ja, schwierig“, sage ich zur Familie und fühle mich hilflos.

Später telefoniere ich mit einem Projekt der Arbeiterwohlfahrt in Kreuzberg, das hilft, eine Wohnung zu finden. „Warum ist es so schwierig?“, frage ich. Sozialarbeiterin Elvin Aydinoglu erklärt, dass viele Sachbearbeiter in den Wohnungsunternehmen sich querstellen, wenn die ohnehin nur einen befristeten Aufenthaltsstatus haben.

Im Herbst 2016 haben immer mehr der , die im vergangenen Sommer gekommen sind, eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Theoretisch können sie sich nun auch um Wohnungen im sogenannten geschützten Marktsegment bewerben. Doch um diese berlinweit rund 1.300 Wohnungen konkurrieren sie zum Beispiel mit Obdachlosen, aber auch mit Frauen aus Frauenhäusern. Alleine in Lichtenberg, dem Bezirk der Mottawehs, lebten im Oktober 2016 noch rund 5.500 Geflüchtete in Heimen, heißt es aus dem bezirklichen Sozialamt.

Stillstand. Eine gewisse Statik auch in der öffentlichen Wahrnehmung: Im Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus spielt das Thema quasi keine Rolle. Die damalige Integrationsministerin Dilek Kolat (SPD) hat inzwischen den Masterplan

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Integration aufgelegt, der alle Senatsverwaltungen verpflichtet, ihren Teil beizusteuern. In der Bildungsverwaltung hat Senatorin Sandra Scheeres (SPD) das Schlimmste überstanden: Der Bedarf an neuen Willkommensklassen sinkt. Gleichzeitig verläuft der Übergang in die normalen Klassen erstaunlich geräuscharm. Nicht mal die stets kritische Lehrgewerkschaft GEW meldet sich zu Wort.

IV. Sommer 2017: Perspektiven

Maria ruft inzwischen weniger oft an. Die Härtefallkommission hat ihrer Familie völlig überraschend Aufenthalt gewährt: drei Jahre. Wenn die Familie dann ihren Aufenthalt „überwiegend selbst“ bestreiten kann, darf sie bleiben. Offenbar hat Marias Vergewaltigungsgeschichte überzeugt, sagt anonym ein Mitglied der Kommission, die sich öffentlich nicht zu Einzelfällen äußert. Sicher habe auch die mediale Aufmerksamkeit geholfen, heißt es.

Maria weiß: Sie braucht die Zeitung nicht mehr. Unsere Beziehung ist ein Geschäft, eine Win-win-Situation: Die beiden Familien haben das zum Glück früh verstanden. „Ist deine Zeitung groß, macht ihr die Artikel auch online?“, hatte Mahmoud schon bei unserem ersten Treffen gefragt.

Bei Maria ist es erstaunlich, mit welchem Optimismus sie immer fest davon ausging, hier sein zu dürfen. Sie, die sonst alles andere als naiv war, ihre Familie durch die Termine mit der Anwältin und den Behörden lotste und jetzt auch die Wohnungssuche managt. „Kannst du mir mit der Schufa helfen, wir haben morgen eine Wohnungsbesichtigung, und ich will alles komplett haben“, schreibt sie mir. Ist dieser immer nach vorne gerichtete Pragmatismus auch Selbstschutz, angesichts ihrer Vergangenheit? Vielleicht.

Im Frühjahr kommt für Mahmoud ein Brief in der Poststelle des Heims an. Absender: das Verwaltungsgericht Berlin. Ihre Klage war erfolgreich, steht in dem Brief. Die Familie Mottaweh darf für drei Jahre bleiben.

Als ich die Familie im Juli dieses Jahres besuche, simst mir Mahmoud eine andere Zimmernummer: Die Unterbringungskrise in Berlin hat sich entspannt – die Mottawehs merken das daran, dass sie nun zwei Zimmer im Flüchtlingsheim zur

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Verfügung haben: eins für die Kinder, eins für die Eltern. Zu Salwas Entzücken gibt es sogar eine kleine Kochnische, die Gemeinschaftsküche auf der Etage hatte sie gehasst.

Mahmoud hat beste Laune. Er hat von anderen gehört, dass die Wohnungssuche in Brandenburg leichter sein soll. Das gibt ihm jetzt Hoffnung. Dann kramt er in seinem Portemonnaie nach einer Visitenkarte: das Logo einer Personalvermittlung. Wenn er mit seinem Deutschkurs fertig ist, soll er sich melden, habe man ihm dort gesagt. Man habe sicher bald Arbeit für ihn, Elektrotechniker würden gebraucht.

Er kramt in einer schwarzen Mappe und zieht ein paar Flugtickets heraus: In den Sommerferien wollen sie seine Eltern und die drei Brüder besuchen, die inzwischen in Aserbaidshan leben. Er wischt auf dem unvermeidlichen Smartphone hin und her, ein Foto zeigt einen der Brüder mit Kochmütze: „Eigenes Restaurant in Baku“, sagt Mahmoud stolz.

Immer wenn wir uns in den vergangenen Monaten getroffen haben, hat Mahmoud mir Fotos auf seinem Handy gezeigt. Meistens waren es Bilder aus Syrien. Bilder von vor der Flucht, die ihn in seinem Wohnzimmer mit seiner Familie zeigen, vor seinem Auto. „Das war ich“, sagte er dann meistens, und es schien ihm wichtig zu sein. Andere Bilder zeigen Verletzte und Tote: Fotos, die ihm in Damaskus gebliebene Freunde schicken. Ein paar hat er selbst gemacht, als er vor seiner Flucht half, Verletzte in Krankenhäuser zu fahren.

Inzwischen ist die Bilderauswahl, die ich zu sehen bekomme, eine andere. Weniger Syrien, weniger Rückblick, mehr Berlin, mehr Jetzt. Die Kinder an der Straßenbahnhaltestelle, die Familie beim Eisessen. Er schaut nicht mehr bei Google Earth, ob er sein Haus noch erkennen kann, ob es vielleicht noch steht. Keine Rede mehr davon, zurückzugehen, zu helfen, sein Dorf wieder mit aufzubauen: „Mein Land gibt es nicht mehr“, sagt Mahmoud.

Epilog

Maria meldet sich nicht mehr. Es fühlt sich richtig an. Unabhängig davon, ob ihre Aufenthaltsgenehmigung im Sommer 2019 entfristet werden wird: Sie sind nicht mehr die „Flüchtlingsfamilie“, ihre Geschichte ist erzählt. Im Juli telefoniere ich noch mal mit Maria. Ja, die Mutter arbeite inzwischen bei einer Putzfirma. Ja, eine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Wohnung haben sie gefunden: drei Zimmer, in Hohenschönhausen. Die neue Schule? Ist okay. Ja, der Bruder spiele immer noch Klarinette in der Musikschule. Sie klingt ungeduldig. Ihr WhatsApp-Bild zeigt sie mit einem jungen Mann. Ihr Freund? Ich vergesse, sie zu fragen. Sorry, sie sei ein bisschen erkältet und müsse jetzt Schluss machen.

„Mach’s gut“, sagt Maria. „Ja, du auch“, sage ich.

Die Familien

Die Mottawehs kommen aus Damaskus. Vater Mahmoud, 36, hat in Syrien als Elektrotechniker gearbeitet. Seine Frau Salwa Kamel, 33, hat eine Ausbildung zur Erzieherin abgebrochen, als sie mit ihrem ersten Kind schwanger war. Die muslimische Familie hat fünf Kinder: Mohamad Louai (11), Obai (9), Omar (8), Alma (5) und die jüngste Tochter Elaf (1), die in Lichtenberg geboren wurde. In Damaskus wohnte die Familie gemeinsam mit Mahmouds Eltern in einem Haus in einem nördlichen Vorort von Damaskus. Am 5. Februar 2013 floh die Familie vor dem Assad-Regime über das Mittelmeer nach Europa. 17 Monate später kamen sie am Berliner Hauptbahnhof an.

Die Jovanovics kommen aus Leskovac, einer 70.000-Einwohnerstadt im südlichen Serbien. Mutter Mitra (34) arbeitete unter anderem als Hilfsarbeiterin in der Landwirtschaft. Ihre Tochter Maria ist 16, Sohn Jagos 13 Jahre alt. Der alkoholranke Vater verließ die Familie. Insgesamt dreimal beantragte die Roma-Familie seit 2011 Asyl in Deutschland, zweimal wurde sie ausgewiesen.